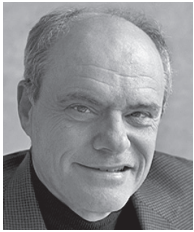


Lieber klein – aber dafür jüdisch

Der Abzug der Israelis aus Gaza ist ganz im Sinne des Zionismus

von Kenneth Stein

Unilaterale Entscheidungen im Interesse des jüdischen Staates sind in der Geschichte des Zionismus keine Seltenheit. So auch jetzt: Angesichts einer von Krisen geplagten Region, ungünstiger demografischer Bedingungen, der Kosten für den Schutz von Siedlern außerhalb des israelischen Kernlands und der Bürde, die ein von Arbeitslosigkeit und Chaos heimgesuchter Gaza-Streifen darstellt, traf Israel die weiseste Entscheidung: Rückzug.



KENNETH STEIN, geb. 1946, ist William E. Schatten Professor für Neuere Geschichte des Mittleren Ostens, Politische Wissenschaften und Israel-Wissenschaften an der Emory-University in Atlanta.

Israels Abzug aus dem Gaza-Streifen im August 2005 war Ergebnis eines nationalen Konsenses – gedacht und geplant zum Schutz des jüdischen Staates und seiner Bürger. Er wurde unilateral durchgeführt, weil Israel auf palästinensischer Seite keinen echten Verhandlungspartner erkennen konnte und deshalb wenig Hoffnung auf einen Kompromiss hegte. Indem Israel die Herrschaft über 1.4 Millionen Palästinenser und sämtliche damit verbundenen Probleme beendete, erfüllte es zwei Ziele: zumindest für die unmittelbare Zukunft eine jüdische Mehrheit in Israel zu garantieren, und die Kosten (materieller Art, und wichtiger noch, an Menschenleben) zu verringern, die der Schutz für Siedlungen außerhalb des israelischen Staatsgebiets einforderte. Mit der Evakuierung von etwa 9000 Siedlern aus 21 Ortschaften demonstrierte Israel, dass es lieber aktiv werden wollte, als auf einen Partner warten zu müssen und damit die eigene Position zu gefährden.

Das war ein Erfolg des Zionismus. Israel gebrauchte sein Recht, seine eigene Zukunft selbst zu bestimmen. Ziel der jüdischen Nationalbewegung war es ja, die Juden aus ihrem Status einer Minderheit im fremden Land zu erlösen und ihnen das Recht zu verschaffen, ihre Geschicke im eigenen Staat selbst in die Hand zu nehmen. Der unilaterale Rückzug aus Gaza ist ein hervorragendes Beispiel für die

Ausübung dieses Rechts: Israel hat sich entschieden, wann, wie und wo es jüdisches Leben und Eigentum schützen wollte.

Gleichzeitig offenbarte der Rückzug, dass das Gesamtziel des Zionismus nicht verwirklicht wurde. Es war nicht gelungen, ausreichend viele Einwanderer dazu zu bewegen, das gesamte Land Israel zu besiedeln. Alijah, die jüdische Einwanderung in das Land Zion, sollte Juden in das Land Israel bringen. Die Errettung der Exilierten aus einer bedrohlichen Umwelt zielte auf die Erfüllung einer messianischen Befreiung ab. Im Verlauf dieses Prozesses würden die Juden das Recht auf Selbstbestimmung in der Sicherheit des eigenen Territoriums erringen.

Heute mag es zwar noch immer virulenten Antisemitismus geben – aber Juden werden nicht mehr kollektiv attackiert oder diskriminiert. Sie sind ein „post-emanzipatorisches Volk“. Anlass zur Emigration gibt heute eher der Wunsch nach einem materiell besseren Leben, der mit messianischer Befreiung oder dem säkularen Zionismus nichts mehr gemein hat. Die jüdische Nationalbewegung hat an Anziehungskraft eingebüßt, die Flut der jüdischen Einwanderung, die der Entstehung und dem Erstarken Israels mehr als ein Jahrhundert Dynamik verlieh, ist zu einem Rinnsal geschrumpft. Die meisten Israelis hat-

ten obendrein kein Interesse, in Gaza zu siedeln. Sie verzichteten auf die Möglichkeit, das gesamte, den Juden von Gott versprochene Land Israel zu bewohnen.

Unilaterale Entscheidungen und pragmatische Kompromisse, die die Entstehung eines jüdischen Staates befördern sollten, sind in der Geschichte des Zionismus nicht selten. Der Rückzug aus Gaza ist nur ein weiteres Beispiel für die zum Teil auch präventive Maßnahmen erfordernde Anpassung der Politik an die Veränderung lokaler, regionaler oder internationaler Gegebenheiten.

Wie schon oft in der jüdischen und zionistischen Geschichte wurden die Kontrolle über Territorien oder die Möglichkeit, Land als Verhandlungsmasse einzusetzen, für die Wahrung jüdischen Lebens und Besitzes und die nationalen Interessen des Staates Israel genutzt. Nach dem Pogrom in Hebron 1929, bei dem 67 jüdische Bewohner der Stadt ermordet wurden, beschloss die Jewish Agency als Repräsentantin der jüdischen Bevölkerung in Palästina, dass jüdische Ansiedlungen außerhalb des größeren Siedlungskordons entlang der Küste und den Tälern im Norden des Landes eine Belastung darstellten. Deshalb wurden Hebron und weite Teile des Gebiets westlich des Jordans (der späteren Westbank) in den dreißiger und vierziger Jahren nicht neu besiedelt.

Ein knappes Jahrhundert später besannen sich die Zionisten auf diese Grundhaltung. Sie stellten fest, dass Siedlungen in einem überwiegend von Arabern bewohnten Gebiet und das Problem, diese Ansiedlungen

schützen zu müssen, eher eine Belastung als einen Gewinn darstellen. Denn jüdische Siedler sind eine Minderheit in der Westbank und müssen von der Armee beschützt werden. War der Rückzug aus Gaza also ein erster Schritt zur Evakuierung weiterer jüdischer Siedlungen in der Westbank, darunter auch der jüdischen Enklave in Hebron? Als der erste Teilungsplan für Palästina 1937 vorgelegt wurde, meinte Chaim Weizmann, damaliger Präsident der World Zionist Organisation, angesichts des sehr kleinen Gebiets, das für die Errichtung eines jüdischen Staates vorgesehen war: „Jede Teilung erfordert von den Juden ein schweres Opfer. ... Dieses Opfer können wir nur bringen, wenn wir dabei unsere essenzielle Idee erhalten können.“¹

Nach dem Unabhängigkeitskrieg von 1948/49 schlug Israel auf der Konferenz von Lausanne vor, „Gaza und dessen arabische Bevölkerung dem Staat Israel einzugliedern“.² Die amerikanische Regierung unterstützte diesen Vorschlag, während Ägypten ihn rigoros als „Verschwörung zum Ziel des Landraubs durch den neuen Staat Israel“ zurückwies.³ Ein halbes Jahr nach der Eroberung der Sinai-Halbinsel im Suez-Feldzug von 1956 zog sich Israel wieder aus diesem Territorium zurück und tauschte damit Land gegen Zeit – schließlich hatten die Vereinten Nationen garantiert, dass die Halbinsel nicht remilitarisiert würde. Umgeben von feindlichen Staaten, eroberte Israel im Präventivkrieg von 1967 die Golanhöhen, Westbank, Ost-Jerusalem, den Sinai und den Gaza-Streifen. Kurz darauf bot es Jor-

Unilaterale Entscheidungen und pragmatische Kompromisse, die der Entstehung eines jüdischen Staates dienen sollten, sind in der Geschichte des Zionismus nicht selten. Der Rückzug aus Gaza ist ein weiteres Beispiel.

¹ Barnet Litvinoff (Hrsg.): *The Letters and Papers of Chaim Weizmann*, Band 2, Serie B, Dezember 1931–April 1952, New York 1984, S. 293.

² Neil Caplan: *The Lausanne Conference, 1949. A Case Study in the Middle East Peacemaking* (Occasional Papers 113, The Moshe Dayan Center for Middle Eastern and African Studies), Tel Aviv 1993, S. 61.

³ Ebd.

Würde Israel die Palästinenser der Westbank in das eigene Staatsgebiet integrieren, bedrohte das Bevölkerungswachstum der Palästinenser sehr schnell eine jüdische Mehrheit im jüdischen Staat. Die meisten Israelis sprechen sich eindeutig gegen einen binationalen Staat aus, in dem sie schon bald nicht mehr die Herren ihres eigenen Schicksals wären.

danien ein Abkommen „Land gegen Frieden“ und damit die Rückgabe der Westbank an. Die arabischen Staaten beharrten jedoch auf einer Haltung des „dreifachen Nein“: „Nein zum Frieden, Nein zur Anerkennung, Nein zu Verhandlungen.“ Womit Israel die Möglichkeit erhielt, die neuen Gebiete zu nutzen und sie teilweise in das eigene Staatsgebiet zu absorbieren. In den 40 Jahren seit der Eroberung annectierte Israel Ost-Jerusalem und begann eine Besiedlung aller im Sechstage-Krieg eroberten Territorien. Auf Initiative des ägyptischen Präsidenten Anwar Al-Sadat und mit amerikanischer Vermittlung entschloss Jerusalem sich zu einer strategisch klugen Rückgabe von Land gegen einen Friedensvertrag mit Ägypten. Im April 1982 räumte die israelische Regierung unter Menachem Begin den Sinai inklusive aller Siedlungen und erfüllte damit die Bedingungen des Friedensvertrags von 1979.

Obwohl Begin 1982 beteuerte, dass nie wieder jüdische Siedlungen geräumt werden sollten, tat Ariel Sharon 23 Jahre später genau das – obgleich er Menachem Begin ideologisch sehr nahe stand. Seit dem Osloer Abkommen von 1993, das auf dem Prinzip „Land gegen Frieden“ beruht, verhandelten israelische Regierungen mehrere Rückzüge und setzten sie als Gegenleistung für Sicherheit (Wye 1998) auch um. Im Mai 2000 zog sich Israel einseitig aus dem Süd-Libanon zurück, um damit das Leben israelischer Soldaten und Zivilisten zu schützen.

Würde Israel die Palästinenser des Westjordanlands in das eigene Staatsgebiet integrieren, bedrohte das Bevölkerungswachstum der Palästinenser sehr schnell eine jüdische Mehr-

heit im jüdischen Staat. Die meisten Israelis sprechen sich eindeutig gegen einen binationalen Staat aus, in dem sie schon bald nicht mehr Herren ihres eigenen Schicksals wären. Wie schon 1948 leben im Kernland Israel viermal mehr Juden als Araber. Dieses Verhältnis blieb während der letzten 50 Jahre aufgrund einer stetigen Einwanderung erhalten. Da eine signifikante jüdische Einwanderung nicht mehr zu erwarten ist, wäre die Anzahl der Juden im Jahr 2025 nur noch dreimal so hoch wie die der Araber. Das Bevölkerungswachstum der Juden dürfte bei 1,1 Prozent bleiben, während das der Palästinenser bei gegenwärtig 2,7 Prozent liegt.⁴ Der Rückzug aus Gaza könnte Israel Zeit verschaffen, auch wenn er langfristig das demografische Problem des jüdischen Staates nicht löst. Aber kühler Pragmatismus siegte über die göttliche Verheißung, das gesamte Land Israel zu besiedeln.

Gangsterparadies Palästina

Israel hält die palästinensische Gesellschaft in der Ära nach dem Tod Jassir Arafats und der Ermordung des Hamas-Führers Abdelasis Rantisi für zersplitterter denn je zuvor. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die für Januar 2006 geplanten Wahlen zum Legislativrat eine politische Stabilisierung hervorbringen werden. Wahlen können Legitimation erzeugen, aber sie können nicht Jahrzehnte einer politischen Kultur auswischen, in der Loyalität auf „wasta“, der Treue zum Clan und dessen politischer und wirtschaftlicher Versorgung, beruht und nicht etwa an Prinzipien und Institutionen gebunden ist.

Innerhalb der Fatah herrscht ein Machtkampf zwischen der „alten“

⁴ Jpost.com staff: A Jewish Percentage of Population Declining, www.israelforum.com/board/printhead.php?t=7819, 5. April 2005.

und der „jungen Garde“. Auch wenn sich die Palästinenser ein starkes Parlament und eine unabhängige Justiz wünschen, werden die Wahlen diesen Wunsch kaum erfüllen können. Ob Fatah oder Hamas die Wahlen für sich entscheiden können, und ob und wie weit sie sich jeweils in das System integrieren, lässt sich nicht sagen. Eher schon würden beide Gruppierungen weiterhin ihre eigene Agenda verfolgen und um einen Anteil an der finanziellen Hilfe wetteifern, die für das palästinensische Volk gedacht ist.

Auch ausländische Finanzhilfe dürfte das Los der Palästinenser in Gaza nur kurzfristig verbessern. Jedenfalls würde sie allein keinen Konsens darüber herstellen können, auf welchem Fundament eine gemeinsame Zukunft der Palästinenser wohl basieren könnte. Viele Palästinenser sind ideologisch nicht zu einer Beendigung des Konflikts mit Israel bereit. Nur eine starke Führung, die den Rückhalt starker Institutionen in einem System der Gewaltenteilung genießt, kann notwendige und pragmatische Entscheidungen treffen.

Zwischen Israelis und Palästinensern existieren noch immer unüberbrückbare Differenzen über wesentliche Fragen wie einer Teilung Jerusalems, der Zukunft israelischer Siedlungen in der Westbank (sowie in Ost-Jerusalem) und das Beharren der Palästinenser auf einem Rückkehrrecht der Flüchtlinge in das Kernland Israel. Israels unilateraler Rückzug aus Gaza geht Hand in Hand mit dem Bau einer Sperranlage und der Weigerung Israels, ein grundsätzliches palästinensisches Rückkehrrecht zu akzeptieren. Beide Maßnahmen dienen vor allem dazu, Israels jüdische Identität zu wahren.

Gaza war für Israel ein Klotz am Bein. Mit einer Bevölkerung von 1,4 Millionen, einem Bruttoinlandsprodukt von 722 Dollar pro Person (wovon 30 Prozent aus internationaler Finanzhilfe stammen), mehr als 40 Prozent Arbeitslosigkeit und zwei Dritteln der Bevölkerung, die von weniger als zwei Dollar am Tag und damit unter der Armutsgrenze leben, wollte man vermeiden, dass Gaza zur finanziellen Bürde für Israel würde. Indem es sich als Besatzungsmacht zurückzog, übertrug Israel diese Last auf die Palästinensische Autonomiebehörde, die Geberländer und die arabische Welt, die jetzt für die Zukunft der Palästinenser in Gaza sorgen müssen. Der Rückzug garantiert, dass nicht weiter Tausende von Palästinensern Arbeit in Israel suchen werden.

Die Palästinenser selbst fürchten den Ausbruch eines Bürgerkriegs. Unmittelbar nach den Wahlen vom Januar 2005 schrieb ein palästinensischer Journalist: „Das palästinensische Haus bricht zusammen. Es stimmt nicht, dass unsere Gesellschaft auf einen Bürgerkrieg zusteuert. Wir befinden uns schon mittendrin. Zwischen jenen, die sich eine friedliche Lösung wünschen und solchen, die einen gewalttätigen Widerstand um jeden Preis bevorzugen, existiert ein klaffender Abgrund.“⁵

Angesichts von Gesetzlosigkeit, Kidnappings und Gangstertum, die in den letzten Jahren das Leben in den palästinensischen Gebieten der Westbank und Gazas prägten, gibt es begründeten Anlass zur Sorge. Das soziale Chaos und die politische Schwäche Machmud Abbas' und dessen damit verbundene Ineffizienz, für Stabilität zu sorgen, trugen zur Entscheidung Israels für einen Abzug bei.

Viele Palästinenser sind ideologisch nicht zu einer Beendigung des Konflikts mit Israel bereit. Nur eine starke Führung, die den Rückhalt starker Institutionen in einem System der Gewaltenteilung genießt, kann notwendige und pragmatische Entscheidungen treffen.

⁵ Der palästinensische Schriftsteller Feisal Abu-Khadra in einem offenen Brief an Präsident Machmud Abbas, *Al-Ahram*, 24.1.2005.

In der unmittelbaren Periode nach dem Abzug herrschten in einigen Gebieten des Gaza-Streifens chaotische Zustände. Dass kontinuierlich auf israelische Siedlungen außerhalb des Gaza-Streifens geschossen wurde, Gewächshäuser, die für den palästinensischen Gebrauch bestimmt waren, zerstört und Waffen unkontrolliert eingeschuggelt werden konnten, beschrieb einige palästinensische Beobachter als Zustand der Anarchie. Am 12. September 2005 wurden die Synagogen der geräumten Siedlungen Morag, Neve Dekalim und Kfar Darom niedergebrannt.

Der palästinensische Kolumnist Hani Al-Masri schrieb vor kurzem über diese chaotischen Szenen: „Man kann die Palästinensische Autonomiebehörde kaum ernst nehmen, so lange sie nicht endlich effektiv etwas gegen den Zusammenbruch jeglicher Sicherheit und den herrschenden Zustand der Anarchie unternimmt. Diebe und Mörder müssen gefasst und vor Gericht gestellt werden. ... Einige mächtige Individuen und Gruppierungen sind für die anarchischen Zustände mit verantwortlich ...; sie profitieren vom Chaos, das Korruption und die Anhäufung illegaler Vermögen erlaubt. In einem Zustand der Gesetzlosigkeit beherrschen bewaffnete Mafiosi die Szene. So lange es ein Machtvakuum gibt, werden sie es ausfüllen.“⁶

Mit dem Rückzug aus dem Gaza-Streifen ließen die Israelis die Palästinenser im Prinzip wissen: Eine effektive Verwaltung und Regierung sind jetzt eure Angelegenheit. Ihr könnt machen, was ihr wollt, so lange dabei keine Israelis zu Schaden kommen. Ob Israel sich aus weiteren Gebieten der Westbank zurückzieht, wird davon abhängen, ob aus dem anarchischen Gaza-Streifen ein vernünftig,

stabil und produktiv regiertes Gebiet wird. Es ist klar, dass Israel kein mit den Palästinensern verhandeltes Abkommen braucht, um eine politische Entscheidung durchzusetzen. Der Rückzug wird Israel nicht daran hindern, in Zukunft eine Verhandlungslösung zu finden – sei es durch amerikanische Vermittlung oder innerhalb der so genannten Roadmap.“

Wo bleibt der Marshallplan?

Mehr als von jedem anderen Faktor werden potenzielle weitere Evakuierungen von Siedlungen in der Westbank und Verhandlungen auf breiterer Basis vom politischen Verhalten der Palästinenser abhängen. Israels Ministerpräsident Ariel Scharon kündigte den unilateralen Rückzug im Dezember 2003 an, nur 18 Monate später war er effizient und auf humane Weise durchgeführt. Die Experten täuschten sich, als sie ankündigten, dass Israel sich in seiner Auseinandersetzung mit den Siedlern am Rande eines Bürgerkriegs befände. Scharon hingegen behielt Recht mit seiner Annahme, der Rückzug würde schnell und ohne Gewalt stattfinden.

Der Rückzug beendete jedoch nicht die tief verwurzelte Feindschaft zwischen der Minderheit der Siedlerbewegung und der Mehrheit der Israelis, die eine politische, finanzielle und militärische Subventionierung der Siedler nicht länger mittragen wollte. Die innenpolitische Landschaft Israels ist immer noch wesentlich von der Frage geprägt, wie Israel mit den 1967 eroberten Gebieten verfahren will oder soll. Finanzminister Benjamin Netanjahu trat aus Protest gegen die Räumung zurück, denn sie würde seiner Ansicht nach den Gaza-Streifen in einen sicheren Hafen für Terroristen verwandeln und damit Israels Sicher-

Die Experten täuschten sich, als sie ankündigten, dass Israel sich in seiner Auseinandersetzung mit den Siedlern am Rande eines Bürgerkriegs befände. Ariel Scharon hingegen behielt Recht mit seiner Annahme, der Rückzug würde schnell und ohne Gewalt stattfinden.

⁶ *Al-Ajam*, 19.9.2005.

heit nicht dienen, sondern sie bedrohen. Netanjahus Versuch, Neuwahlen zu erwirken und Scharon als Vorsitzenden des Likud abzulösen, scheiterte. Für die Mehrheit der Israelis ist Scharon immer noch unumstrittene Führungsgestalt. Trotzdem ist er letztlich aufgrund seines fortgeschrittenen Alters und einer politischen Kultur, deren Hang zu Streitsucht und ebenso ausufernden wie heftig geführten Debatten die eigenen Ministerpräsidenten oft geradezu verheizt.

Israel demonstrierte, dass es sein Schicksal nach den eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen gestalten will. Allerdings hat es keinen Einfluss auf die Reaktion der Akteure außerhalb Israels – sei es in Europa, den USA oder in der Region. Welche Politik wird die Europäische Union gegenüber der radikal-islamischen Hamas betreiben? Einige ihrer Mitgliedsländer verdammen vehement Terrorismus, Faschismus und die Hetze heimischer politischer Parteien wie der spanischen Batasuna (2002), der französischen Union Radicale (2002) oder des belgischen Vlaams Block (2004). Wird die EU dann die Teilnahme der Hamas an den Wahlen zum Legislativrat im Januar nächsten Jahres ebenfalls kritisieren – einer Organisation, die offen zu Gewalt und zur Zerstörung Israels aufruft? Wird sie Mut zeigen und der Palästinensischen Autonomiebehörde offen den Rücken stärken, auch wenn das auf Kosten der Hamas ginge? Oder wird sie die terroristische Hamas unterstützen, weil sie schließlich auch Wohlfahrtseinrichtungen unterhält?

Beim Rückzug aus Gaza muss auch der regionale Kontext berücksichtigt werden. Israels nächstliche Nachbarn befinden sich in einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise. Den arabischen Ländern mangelt es an politischem Willen und Courage. Problemen jenseits der eigenen Grenze wird

nur wenig Beachtung geschenkt. Eine arabische Einheit oder sogar eine „arabische Welt“ sind nirgends zu sehen. Höchstens arabische Staaten, die ausschließlich auf sich selbst bezogen und mit endlosen, meist unlösbaren Problemen beschäftigt sind. Obwohl die Öl produzierenden Länder in Petro-Dollars schwimmen, geht ihr Engagement nicht über die Finanzierung einer zuweilen korrupten Palästinensischen Autonomiebehörde hinaus. Wo ist der arabische Marshallplan für die Palästinenser? An Geld fehlt es nicht, wohl aber am Willen, es für das Wohl der palästinensischen Brüder zu verwenden. Die arabischen Länder zeigen keinerlei Anstrengungen oder Willen, die Gewalt im Irak zu unterbinden. Dem täglichen Blutvergießen dort sehen sie vom Spielfeldrand aus zu. Die Arabische Liga existiert nur noch auf dem Papier. Und das angesichts einer äußerst unsicheren politischen Lage in Afghanistan, im Irak, Libanon und in Syrien. Die Golf-Staaten werden immer mehr von Terrorismus heimgesucht. Ziel von Terrororganisationen wie Al-Qaida ist es immer noch, die Regime arabischer Autokraten oder feudaler Dynastien zu destabilisieren. In Ägypten und einigen anderen Staaten wird der politische Status quo von oppositionellen Bewegungen in Frage gestellt.

Israel hat offensichtlich die Gesamtlage analysiert dann so rational wie möglich reagiert. Es hat eine Sperranlage gebaut, sich einer kostenintensiven Besatzung entledigt, die Beziehungen zu Ländern erneuert, die ihre diplomatischen Vertreter zu Beginn der Intifada abberufen hatten und gleichzeitig beste Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gepflegt. Angesichts des demografischen Hurrikans und der unstabilen politischen Wetterlage hat es mit dem Abzug eine weise Wahl getroffen.

Israels Nachbarn befinden sich in einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise. Den arabischen Ländern mangelt es an politischem Willen und Courage. Problemen jenseits der eigenen Grenze wird wenig Beachtung geschenkt. Eine „arabische Einheit“ ist nirgends zu erblicken.